Sonnabend, 9. Mai 1925 · 78. Jahrgang Nr. 218

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 70 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 824, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 345, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 70, Fennstr. 1, Müllerstr. 185, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Vidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 34, Scharrenstr. 29, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-3; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48 Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130 Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vertrauen des Landtages zu Braun

Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensantrages

Im preußischen Landtag ist gestern die Entscheidung gefallen: das Kabinett Braun hat einen Abstimmungssieg durch Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensantrages errungen und die Auflösung des Landtages ist damit vermieden. Ein besonderes Vertrauensvotum hat Ministerpräsident Braun mit Recht nicht verlangt, da die Ablehnung des deutschnationalen Antrages auf Entziehung des Vertrauens die Bejahung des Vertrauens logischerweise einschließt.

Bis kurz vor Beginn der gestrigen Nachmittagssitzung dauerten die Verhandlungen und Fraktionsberatungen. Die Deutsche Volkspartei hatte in letzter Minute noch einmal den Versuch gemacht, die Entscheidung zu verschleppen; sie begründete ihr Verlangen, die Abstimmung weiter zu vertagen, damit, sie gedenke ihre bisherige enge Verbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei zu lösen. Es blieb jedoch bei dem einmal gefaßten Beschluß: um 5 Uhr wurde die Entscheidungsschlacht geschlagen.

Zur Abgabe gelangten bei insgesamt 450 Abgeordneten 438 Stimmen. Während Demokraten und Sozialdemokraten vollzählig zur Stelle waren, war ein Zentrumsabgeordneter krank, und zwei (v. Papen und Baumann) enthielten sich der Stimme. Als krank gemeldet waren ferner zwei Welfen, zwei Volksparteiler, ein Deutschnationaler und ein Kommunist. Zwei Kommunisten übten Stimmenthaltung, der Kommunist Heidemann stimmte sogar mit der Weimarer Koalition. Das Ergebnis der Stimmenauszählung war: 222 Stimmen für, 216 Stimmen gegen Braun. Die Mehrheit ist, wie bisher, knapp, aber für ein positives Arbeiten des Kabinetts ausreichend. Die drohende Auflösung hat die Obstruktionsparteien der Rechten zur Raison gebracht.

Die Frage der Kabinettsumbildung unter Erweiterung der Kabinettsbasis wird nunmehr die parlamentarische Situation in Preußen beherrschen. Ministerpräsident Braun will, wie verlautet, seinerseits keine Vorschläge machen, sondern die Initiative den Parteien überlassen. Die Deutsche Volkspartei wird nun zu zeigen haben, ob es ihr ernst damit ist, sich aus der deutschnationalen Hörigkeit zu befreien und selbständige Politik zu treiben. Gestern hat bereits ein Volksparteiler im Landtag erklärt, er könne die mittelstandsfeindliche Politik seiner Fraktion nicht mehr mitmachen. In ihrer Fraktionssitzung hat sich die Deutsche Volkspartei zwar dafür ausgesprochen, den Weg der Bildung eines Kabinetts der „großen Volksgemeinschaft" weiter zu verfolgen, aber es dürfte sich hierbei vielleicht um ein Rückzugsgefecht handeln.

Bei der Umbildung des Kabinetts Braun wird vor allem der Posten des Justizministers eine Neubesetzung erfahren müssen. Das Justizministerium wird zurzeit von dem Mitglied des Zentrums Am Zehnhoff geleitet, der seit längerer Zeit erkrankt ist. Wie verlautet, kommt Reichskanzler a. D. Marx als neuer preußischer Justizminister in Frage.

*

Der Sitzungsbericht

Präsident Bartels eröffnete die neue Sitzung des Landtags um 5 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand der Mißtrauensantrag der deutschnationalen Fraktion; er lautet:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium besitzt das nach Artikel 57, Absatz 1 der Verfassung zu seiner Amtsführung nötige Vertrauen nicht."

Abg. **Pieck** (Komm.) (zur Geschäftsordnung) legt Verwahrung dagegen ein, daß der Präsident es abgelehnt habe, eine Erklärung seiner Fraktion vor der Vornahme der Abstimmung zuzulassen. Seine Fraktion habe ursprünglich beabsichtigt, die Erklärung abzugeben, dem Kabinett durch Stimmenthaltung die Existenz zu ermöglichen, wenn es sich verpflichte, bestimmte Klassenforderungen des Proletariats zur Abwehr der monarchistischen Gefahr zu erfüllen. (Große Heiterkeit rechts und in der Mitte.) Jetzt habe sich die Stellung der Fraktion geändert. Er möchte diese Aenderung in einer neuen Erklärung dem Hause mitteilen.

Präsident Bartels erwidert, daß er die Erklärung nicht zugelassen habe, da sie eine Wiederaufnahme der abgeschlossenen Aussprache bedeuten solle; er überlasse die Entscheidung dem Hause.

Der Antrag der Kommunisten wird hierauf gegen die Antragsteller abgelehnt, nur Abg. Wulle (Dt.-Völk.) hatte sich bei der Abstimmung außer den Kommunisten noch erhoben. (Große Heiterkeit.)

Hierauf schreitet das Haus zur Abstimmung, die nach der Verfassung eine namentliche ist. — Der Beschluß auf Entziehung des Vertrauens ist nur wirksam, wenn ihn mindestens die Hälfte der Abgeordneten zustimmt, aus denen der Landtag besteht.

Das **Ergebnis der Abstimmung** ist folgendes:
Es wurden abgegeben: 438 Stimmen. Enthalten hat sich niemand, ungültig war keine Stimme. Es haben gestimmt:

Mit Ja 216 Stimmen,
mit Nein 222 Stimmen.

Der Antrag auf Entziehung des Vertrauens ist also abgelehnt. (Lebhafter Beifall links. Gegenkundgebungen rechts.)

Das Haus tritt nach debattelosen Erledigung von Eingabenberichten in die erste Beratung der

Novelle zum Beamtendiensteinkommensgesetz

ein. Die Vorlage hat sich notwendig gemacht, um eine unterschiedliche Behandlung der Beamten des besetzten und unbesetzten Gebietes zu vermeiden. Ferner ist der Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses die gesetzliche Sanktion zu geben.

Die Vorlage geht an den Beamtenausschuß.

Darauf setzt das Haus die zweite Lesung der **Novelle zum Schutzpolizeibeamtengesetz** in Verbindung mit der zweiten Lesung der Vorlage über die Abfindung von Inhabern des Polizeiversorgungsscheins und mit dem Bericht des Beamtenausschusses über den Urantrag der Deutschen Volkspartei betr. Beförderungsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten fort.

Abg. **Herrmann**-Breslau (Dem.) hält die Eingliederung der Schutzpolizeibeamten in das allgemeine Beamtenrechtsverhältnis für notwendig. Ebenso müsse ihrer wirtschaftlichen Notlage durch anderweite Regelung der Besoldungsverhältnisse ein Ende gemacht werden.

Leider hätten aber im Reichstage gerade diejenigen Parteien, deren Mitglieder im Landtage am lautesten in Beamtenfreundlichkeit machen, alle Anträge niedergestürmt, die für die Schutzpolizeibeamtenschaft von Vorteil gewesen wären.

Von dem „System Severing" verächtlich zu sprechen, liege gar kein Anlaß vor. Durch die Art der Kritik der Tätigkeit des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Friedensburg seitens der Redner der Rechten sei die Autorität der Polizei geradezu untergraben worden.

Darauf wurde die Beratung auf Sonnabend, 11 Uhr, vertagt.

Greys Warnung an Europa

Die europäische Zivilisation gefährdet

London, 8. Mai.

Lord Grey beschließt heute seine in der „Westminster Gazette" erscheinenden Memoiren mit einer **Warnung an Europa.** Er beginnt damit, daß die Rüstungen vor dem Kriege Europa nicht vor dem Kriege gerettet, sondern es gerade in den Krieg hineingetrieben hätten. Mit Recht könnten die Alliierten sagen, daß Deutschland, indem es die militärischen und die Seerüstungen beschleunigte, eine größere Verantwortung als die anderen Völker (?) für diesen Zustand getragen habe.

„Wenn", fährt Grey fort, „die Alliierten, die Sieger in dem letzten Kriege, die gleiche Politik verfolgen, die Deutschland nach 1871 verfolgte, dann werden sie die gleichen widrigen Folgen haben.

Ausschließliche Allianzen und Rüstungen der Alliierten werden Gegenkombinationen und Rüstungen hervorbringen, eine deutsch-russische Allianz dieses Mal anstatt einer französisch-russischen. **Die Vorstellung, daß Deutschland durch zeitweilige Maßnahmen wie durch Kontrollkommissionen dauernd entwaffnet werden könne, ist eine Illusion."**

Wenn man die Bevölkerungsziffer und die Leistungsfähigkeit Deutschlands zusammennehme, so sei es das stärkste Land Europas. Wenn die junge Generation nichts aus dem Krieg gelernt habe, dann könne England, Frankreich und Belgien nichts anderes tun, als die Politik Bismarcks nach 1870 anzunehmen und sich durch die alten Mittel vor der neuen Zukunft sichern und zugleich versuchen, die Fehler der Nachfolger Bismarcks zu vermeiden. Die unmittelbare Verantwortung, das herauszufinden, was nötig sei, liege aber mehr bei den Siegern als bei den Besiegten. Es sei deshalb **die Aufgabe der Alliierten, einen neuen Anfang zu machen und Deutschland die Gelegenheit zu geben, sich zu ihnen zu gesellen.** Die Lehre der europäischen Geschichte sei offenkundig und zeige, daß separate Allianzen keine dauernde Sicherheit böten. Es gäbe keine Sicherheit für ein Volk, ohne daß sein Nachbar den gleichen Anteil an der Sicherheit habe.

Die ganze Zukunft der europäischen Zivilisation hänge davon ab, ob jetzt ein besserer und verständigerer Geist herrschen würde als vor dem Kriege.

Wenn nicht, dann werde die gegenwärtige Zivilisation zugrunde gehen und die Zukunft der Menschheit an andere Völker außerhalb Europas übergehen.

Deutschlands friedliche, aber ungeschickte Politik

London, 8. Mai. (W. T. B.)

„Manchester Guardian" bespricht in einem Leitartikel das neu erschienene Buch Nitis über den Krieg und ein Buch über Deutschland, das von Gooch verfaßt ist. Gooch ist einer der beiden Historiker, die von Austen Chamberlain mit der Vorbereitung der Veröffentlichung der Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges betraut worden sind. „Manchester Guardian" zitiert folgende Stelle aus dem Buche Goochs: „Es ist kein Beweismaterial erschienen, daß dartut, daß die deutsche Regierung oder das deutsche Volk den Weltkrieg gewünscht oder im geheimen geplant haben. **Sowohl vor wie auch nach der Ermordung des** Erzherzogs Franz Ferdinand waren die Absichten der Wilhelmstraße **ebenso friedlich, wie ihre Politik ungeschickt war."**

Schnelldienst

Die auch in die Berliner Presse übergegangene Meldung, daß durch den Versuch der Unterminierung des Königspalais ein Anschlag auf den König Boris unternommen werden sollte, entbehrt jeder Grundlage.

Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den 39jährigen Schlosser Paul Karl Kunze aus Rastatt wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zehn Monaten Gefängnis.

Eine Tagung der demokratischen Frauen Süddeutschlands findet am 16. und 17. Mai in Stuttgart statt.

Entgegen Gerüchten, der frühere Münchener Polizeipräsident Pöhner sei einem politischen Attentat zum Opfer gefallen, wird offiziös mitgeteilt, daß sich keine Anhaltspunkte für einen absichtlich herbeigeführten Unfall ergeben haben.

Die 9. Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform wurde gestern in Köln im Beisein des Reichsarbeitsministers Brauns eröffnet.

Gemäß einer zwischen der deutschen Regierung und der Interalliierten Rheinlandkommission getroffenen Abmachung werden die seit 1918 bzw. 1919 in Karlsruhe, Rheinau und im Mannheimer Mühlau-Hafen stationierten französischen Schiffskontrollposten ab Sonntag, dem 9. Mai 1925, zurückgezogen.

Der deutsche Gelehrte Professor Dr. Bittner hielt gestern seine Antrittsvorlesung an der Sofioter Universität.

Nach einer Meldung aus Budapest beschlossen die sozialdemokratischen Abgeordneten als Protest gegen die Reaktionsregierung ihre Mandate niederzulegen.

Das marokkanische Abenteuer

Von
Dr. Manfred Georg

Die Dinge in Marokko sind gekommen, wie sie kommen mußten. Nachdem es Abd el Krim gelungen war, die Spanier soweit zurückzudrängen, daß sie nur noch die Küste und das kurze Hinterland der Küstenzone im Besitz hatten, mußte sich die einmal entwickelte Selbständigkeitsbewegung der Riffleute auf die benachbarte französische Zone ausdehnen, die, zwischen Fez und Tazza gelegen, im Grunde noch ununterworfenes Land war und in dem Stämme lebten, die zwar die französische Herrschaft durch nach Tanger geschickte Deputationen anerkannt hatten, aber in Wirklichkeit niemals französische Truppen in ihren schwer zugänglichen Bergen gesehen hatten. Abd el Krim, ein Politiker, der den Krieg gegen die Spanier in Wirklichkeit immer nur deshalb geführt hat, weil er Erfolge brauchte, um gegen den von den Marokkanern ungleich stärker gefürchteten und als gefährlich erkannten Franzosen mit jenem Elan vorgehen zu können, der seine Berber vor die französischen Maschinengewehre brachte, ist ein viel zu guter Politiker, um nicht zu wissen, daß die spanische Herrschaft in Marokko keine Notwendigkeit, sondern eine Prestigeangelegenheit Madrids ist. Er wird nicht ohne Interesse die Verhandlungen verfolgt haben, die schon seit Jahren mit Unterbrechungen vor sich gehen, um Gibraltar, den „Dorn im Herz Spaniens", gegen das verwahrloste und für Kriegszwecke ungenügend befestigte Ceuta einzutauschen. Man darf nicht vergessen, daß England seit langem viel geneigter dazu ist als früher, denn die Entwickelung der Luftwaffe hat den Wert Gibraltars stark herabgemindert und viel lieber wäre es der britischen Politik, selbst auf der afrikanischen Seite zu sitzen und den ungefährlichen spanischen Nachbarn in Europa sich gegenüber zu haben, als wenn eines Tages bei einer Veränderung der politischen Lage in Spanien, einem Sturz des dortigen Direktoriums und der damit vermutlich verbundenen Aufgabe an sich sachlich wertlosen Kolonialbesitzes, Frankreich aus „Sicherheitsgründen" ein formidables zweites Gibraltar in dem verlassenen Ceuta erbauen würde.

Den marokkanischen Insurgenten sind diese Gedankengänge europäischer Rivalität nicht fremd. Aber Abd el Krim mußte erst einmal die Schwäche der spanischen Position seinen Anhängern und England erweisen, um durch den folgenden Angriff auf das französische Gebiet das Problem dort zu entrollen, wo es aus einer Kolonial- eine europäische Angelegenheit wird. Der Angriff auf die französische Zone ist gleichzeitig eine Belastungsprobe für das englisch-französische Bündnis. Denn es ist kein Zweifel, daß die Gegenoffensive Frankreichs, die unter Foch und Lyautey mit ganz anderer Stoßkraft erfolgen wird als sie der an Truppen, Munition und Verpflegung viel schwächere Primo de Rivera einst ansetzen konnte. Schon heute ist ein Teil der bei der ersten Ueberrumpelung durch die Riffberber abgeschnittenen französischen Posten wieder entsetzt, aber damit sind die Dinge nicht erledigt. Hier handelt es sich nicht von französischer Seite um eine „Strafexpedition", sondern um einen regelrechten Krieg, bei dem auf einer Kampffront von hundert Kilometern zu kämpfen ist und ein Gegner da ist, der nach den letzten Nachrichten über viele Kampfmittel modernster Kriegstechnik verfügt. Es dürfte sich also im großen und ganzen um die endgültige Austragung der Frage handeln, ob Marokko aus dem Stadium des Schutzgebiets und der Interessenzone ins Stadium der eroberten Kolonie treten soll, oder ob man Kompromisse, die gleichzeitig Niederlagen sind, anerkennen wird. Jedenfalls verspricht man sich notgedrungen einen langen Feldzug, und es sind Verhandlungen in Paris im Gange, um Spanien zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Abd el Krim zu bewegen.

An sich stellt sich der marokkanische Aufstand als eine unmittelbare Folge des Weltkrieges dar, in dem das Selbst-